

Zurück in den Jungbrunnen der Opposition?

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zurück in den Jungbrunnen der Opposition?

«Schöner, reiner Intellektuellen-Sozialismus hebt die Welt nicht aus den Angeln; die kompromissbereite ‚kompromittierende‘ Sozialdemokratie kann mit dem Gewicht der Massen ihre Angeln allmählich bewegen. Die angemessene Masseinheit sind nicht die Stossseufzer ‚revolutionärer Ungeduld‘ emphatischer Linksintellektueller, sondern die langen, unerbittlichen Atemzüge der Geschichte.»

Günther Nennung in «Realisten oder Verräter?»

Die Frage, ob die schweizerische Sozialdemokratie vorläufig auf eine weitere Mitwirkung im Bundesrat verzichten sollte, hätte nach der Meinung einer starken Minderheit von Parteitagsdelegierten bereits anlässlich des letzten SPS-Kongresses in Bern zur Diskussion gestellt werden sollen. Eine Mehrheit der Delegierten sprach sich glücklicherweise dafür aus, dass das Pro und Kontra eines solch schwerwiegenden Schrittes anlässlich einer besondern Konferenz – voraussichtlich am 15. September 1979 – behandelt werden solle.

Nichts liegt näher, als dass sich unsere Zeitschrift mit diesem Thema eingehender befasst. Dies erscheint mir um so verlockender, als sich in diesem Zusammenhang verschiedene Grundsatzfragen stellen. Eine Diskussion darüber einzuleiten gehört zur vordringlichsten Aufgabe unserer Monatsschrift.

Geschwächtes Parlament — gestärkte Exekutive

Wer die Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiete des schweizerischen Staatswesens verfolgt, kann nicht an der Tatsache vorbeisehen: an der *zunehmenden Verschiebung des Schwergewichts von der Legislative zur Exekutive*, von der Gesetzgebung zur Verwaltung. Diese Erscheinung lässt sich auch in den übrigen demokratisch regierten Staaten feststellen. Es entspricht diese Entwicklung der allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz zur Konzentration der Macht. Die sich immer stärker durchsetzende gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie die Kompliziertheit der zu bewältigenden gesellschaftlichen Aufgaben führt notwendigerweise dazu, dass die Stellung der Verwaltung gestärkt wird. Das Prinzip der Gewaltentrennung, wie es von Montesquieu entwickelt worden ist und wie es etwa noch in meiner Studienzeit von Staatsrechtslehrern vorgetragen wurde, stimmt mit der Realität nicht mehr überein. Die Gesetzgebung wird heute von der Verwaltung vorbereitet, und dem Parlament, das heisst der gesetzgebenden Behörde, bleibt nichts mehr anderes übrig, als allenfalls einige Retouchen anzubringen. Auch der Vollzug der Gesetze liegt ebenfalls in der Hand der Exekutive. Die Verwaltung verfügt eben allein über die organisatorischen Voraussetzungen, um mit Hilfe von hochspezia-

lisierten Beamten, Fachleuten und Experten Gesetze zu produzieren. Sie sitzt unter diesen Umständen immer mehr am längern Hebelarm. Es fehlt zwar nicht an Bemühungen, das Parlament wieder aufzuwerten, damit wenigstens eine wirksamere Kontrollmöglichkeit besteht. Diese Bemühungen sind indessen bis heute ohne durchschlagenden Erfolg geblieben. Auch das Proporzwahlverfahren ist nicht geeignet, das Parlament in personeller Hinsicht zu verstärken. Bei dieser Situation, das heisst nach dieser Gewichtsverlagerung vom Parlament auf die Exekutive, soll nun die Sozialdemokratische Partei ihre Vertreter ausgerechnet aus der Exekutive zurückziehen? Es bedarf keines überdurchschnittlichen Realitätssinnes, um diese Frage zu verneinen.

Unterentwickeltes Strategieverständnis

Die Idee eines Verzichts auf eine sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung dürfte gerade in den Kreisen der Arbeitnehmer kaum auf viel Verständnis stossen. In einer Zeit, da die Mitbestimmung in den Betrieben zum vordringlichsten Postulat jedes sozialdemokratischen Programms gehört, müsste es doch als widersprüchlich empfunden werden, wenn sie auf dem Boden der eidgenössischen Politik von unserer Partei nicht mehr gefragt wäre und dies ausgerechnet dort, wo sich die eigentlichen Hebel der Macht befinden und wo auch die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Dieser Widerspruch dürfte wohl auch den meisten Befürwortern eines Verzichts auf Bundesratsbeteiligung bewusst sein. Sie sind jedoch zutiefst davon überzeugt, dass das Wirken sozialdemokratischer Bundesräte vor allem auch dem bürgerlichen Staat zugute kommt, dass unsere Vertreter der eidgenössischen Exekutive als «Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus» wirken und dass unter der Bundeskuppel in Bern permanent sozialdemokratischer Verrat betrieben wird. Als kleineres Übel erscheint da die Alternative, sich ins Getto einer machtlosen Minderheit zu retten mit dem Risiko, dort zur Sekte zu erstarren. Die Anhänger dieser Geisteshaltung zeigen da wenig Verständnis für eine Sozialdemokratie, die den Anspruch erhebt, als bestimmende gesellschaftliche Kraft zu wirken. Namhafte sozialistische Theoretiker haben gerade in jüngster Zeit überzeugend aufgezeigt, wie unsinnig die These vom «sozialdemokratischen Verrat» ist. Ich denke da vor allem an *Günther Nenning* mit seinem faszinierenden Werk «Realisten oder Verräter?». Erinnerung sei aber auch an das, was *Anton Pelinka* (Professor an der Universität Innsbruck) im Leitartikel der letzten Nummer unserer Zeitschrift (7/8/1979, S. 173 ff.) ausgeführt hat. Er konnte dabei die Erfahrungen verwerten, die man in Österreich mit der von Sozialdemokraten geführten Regierung gemacht hat. Letztere kann sich auf eine Volksmehrheit von 51 Prozent stützen. Ihre Möglichkeit, sozialdemokratische Politik in Reinkultur zu betreiben, ist daher entsprechend beschränkt. Soll Kreisky deshalb die Segel streichen und das Regieren den Konservativen überlassen?

Das Verständnis für die wahren politischen Machtverhältnisse in einem modernen Industriestaat scheint bei einer grossen Zahl unserer Parteitage-delegierten noch recht unterentwickelt zu sein.

Es kommt nicht von ungefähr, dass sich die sozialdemokratischen Parteien im mitteleuropäischen Bereich zu Volksparteien entwickelt haben. Will sich unsere Partei bei Wahlen durchsetzen, ist sie auf bürgerliche Randschichtenwähler angewiesen. Sie ist aber auch parteiintern zur Volkspartei geworden; denn es existieren heute längst nicht mehr jene abgrenzbaren Klassen, wie sie noch Karl Marx angetroffen hatte. Allein schon das ständige Anwachsen des Anteils von Angestellten an der Gruppe der Unselbständigerwerbenden musste zur Aufhebung der Klassentrennung führen. So finden sich heute innerhalb der Sozialdemokratie Angehörige verschiedener sozialer Schichten, die trotz gelegentlich gegensätzlicher Interessen sich zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden. Gerade das letztere aber ist das Merkmal einer Volkspartei.

Wenn daher ein Sozialdemokrat das Mandat zur Ausübung von Regierungsverantwortung erhält, kann er angesichts des grössern Ausmasses an Konsens den Wählerauftrag nicht einfach unberücksichtigt lassen. Es gehört daher nicht mehr zu seiner Aufgabe, weitgespannte sozialdemokratische Zukunftsvorstellungen zu vertreten. Das heisst aber nicht, dass für ihn kein Raum mehr für sozialdemokratische Politik bleibt. Was wir von unsern Regierungsvertretern erwarten: dass sie das, was auf Grund des gesellschaftlichen Bewusstseins *durchsetzbar* ist, auch durchzusetzen versuchen.

So kann zum Beispiel ein sozialdemokratischer Justizminister nicht über den Schatten des gegenwärtig vorherrschenden Rechtsempfindens springen. Seine Reformarbeit muss daher dem derzeitigen Stand des gesellschaftlichen Bewusstseins entsprechen. Er wird sich daher um das Nachziehverfahren bemühen müssen.

Dagegen ist es Aufgabe progressiver Gruppen innerhalb der Partei, Schwächen der bestehenden Gesellschaft aufzuzeigen, Anstösse zu neuen Denkprozessen zu geben, neue Modelle zur Diskussion zu stellen und so ein neues Problembewusstsein zu schaffen. Gewiss erweisen sich nicht alle progressiven Utopien als zukunftsfruchtig. Ob sie zu Realitäten von morgen werden, wird sich erst auf Grund eines widersprüchlichen Prozesses erweisen. Der Fortschritt hat sich noch immer diesen Weg bahnen müssen. Diese Dialektik zwingt daher innerhalb der Sozialdemokratie zu einer *Arbeitsteilung*. Bei dieser Strategie besteht für die Sozialdemokratie kein Grund, auf die Mitwirkung bei der Verwaltung des Staates zu verzichten.

Grundsatzdiskussion auf die Tagesordnung?

Es dürfte somit ausser Zweifel stehen, dass der Verzicht auf Bundesratsbeteiligung mit einem beträchtlichen Machtverlust verbunden wäre,

ohne dass ihm wesentlich ins Gewicht fallende Vorteile gegenüberstünden. Als im Jahre 1953 der Sozialdemokrat Bundesrat *Max Weber* den Rücktritt aus dem Bundesrat erklärte, hatte die SPS immerhin gewichtige Gründe, sich für den «Jungbrunnen der Opposition» zu entscheiden. Damals wollten die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie lediglich einen einzigen Vertreter der Landesregierung zugestehen. Mit dem damaligen Verzicht war die Voraussetzung geschaffen worden, dass sich später die dem Anspruch der SPS Rechnung tragende «Zauberformel» durchzusetzen vermochte. Die damals gehegte Hoffnung, das Tauchen in den «Jungbrunnen der Opposition» werde sich etwa bei den Parlamentswahlen positiv auswirken, hat sich allerdings kaum erfüllt: eine Erfahrung, die man nicht so leicht vergessen sollte.

Unter den heutigen Umständen wäre ein Rückzug der SPS aus der Landesregierung geradezu unverantwortlich. Die Vertreter eines solchen Postulates müssen sich sagen lassen, dass sie es zu wenig durchdacht haben. Es mag als Ausdruck einer romantisch-anarchistischen Denkrichtung oder einer Politik des «Alles oder Nichts» verstanden werden. In solch unrealistischen Forderungen spiegelt sich wohl auch ein Stück «revolutionäre Ungeduld».

Die vorgesehene Tagung, welche sich mit der Idee «Bundesrat ohne Sozialdemokraten» zu befassen hat, muss deshalb aber noch nicht als überflüssige Übung abqualifiziert werden. Es bleibt nämlich zu hoffen, dass diese Konferenz dazu benützt wird, um einige Grundsatzfragen der schweizerischen Sozialdemokratie zur Diskussion zu stellen. Vor allem sollte einmal eine seriöse Auseinandersetzung über Fragen politischer Strategie auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dabei wäre aufzuzeigen, dass es kaum etwas Unfruchtbareres gibt als das Weiterbauen an jener «Chinesischen Mauer», welche zwischen den legitimen Tagesinteressen der Lohn- und Gehaltsabhängigen einerseits und den weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen anderseits steht. Die Befürworter eines Rückzugs aus dem Bundesrat müssten sich endlich einmal eindeutig zur sozialdemokratischen Reformpolitik äussern. Denn eine solche Politik kann bekanntlich nicht gegen den Staatsapparat betrieben werden. *Reformpolitik lässt sich wesentlich nur mit und in den staatlichen Institutionen verwirklichen.* So wäre den Befürwortern eines Verzichts auf Bundesratsbeteiligung die Gretchenfrage zu stellen: Wie stehst du grundsätzlich zur Reformpolitik der Sozialdemokratie? Eine solche Auseinandersetzung müsste, da sie nicht öffentlich ausgetragen wird, hart geführt werden, auf die Gefahr hin, dass da kein Auge trocken, kein Messer ungewetzt bleibt. Es dürfte sich dann bald genug zeigen: Keine Lösung brächte uns eine Rückkehr in den «Jungbrunnen», zumal er ohnehin nur mit Wasser aus alten Schläuchen gespiesen würde.